"Die Tatsache aber..."

Autor(en): **Brunner, Herbert**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 6

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338688

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

wohl akademischer Streit bleiben. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass die Freien Demokraten den Maklerberuf abschaffen würden, liegt unter dem Nullpunkt. Immerhin ist diese Beschlussfassung überaus symptomatisch für ein zunehmendes Streben in der Partei, entscheidende Fragen mit Entschiedenheit zu behandeln. Auf der gleichen Linie liegt ein Beschluss, die umstrittene Handhabung einer Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Länder über die Einstellung sogenannter Radikaler in den Staatsdienst im Sinne einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu präzisieren. Die blosse Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen Partei genügt nicht mehr, um jemand den Eintritt in den oder die Ausbildung im Staatsdienst zu verweigern.

Wenn irgendwer Auseinandersetzungen mit den Jungsozialisten erwartet hatte, so wurde er in Hannover enttäuscht. Die Jusos waren anwesend und aktiv, bekannten sich aber in jedem Fall zur Einheit der Partei. Ihr Vokabular war weit weniger denn vordem auf die Linie «alles oder nichts» in der sozialistischen Zielsetzung eingestellt. So lässt sich wohl zu Hannover 1973 sagen, dass geistige Lebendigkeit und Stärke politischen Durchsetzungswillens das Kennzeichen dieser Tagung waren.

Die Tatsache aber, dass es in der Bundesrepublik in der Wohnungsfrage aufkeimende Massenbewegungen gibt, bietet gleichzeitig die Möglichkeit der Ventilsprengung und der Durchsetzung von Reformen, die die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft («soziale Marktwirtschaft») erreichen und in Perspektive zu ihrer Überwindung beitragen können.

Herbert Brunner zum SPD-Parteitag in Hannover
in «Neues Forum», Mai 1973